

7. Resümee

„Es zeigt sich im Rückblick, daß es gar nicht so viel Unterschiedliches gibt: eher eine gewisse zeitliche Versetzung gegeneinander. Trotz unterschiedlichster gesellschaftlicher Verhältnisse sind die Parallelen doch erstaunlich groß“¹, konstatierte der Denkmalpfleger Gottfried Kiesow anlässlich des Symposiums „Denkmalpflege im vereinigten Deutschland“ im Jahr 1995 in Ludwigsburg. Umso erstaunlicher ist es, wie wenig nach mehr als 30 Jahren Mauerfall über die denkmalpflegerischen Prozesse in der DDR, aber zum Teil auch in der BRD, aus den Jahren der Teilung bekannt ist.

Fragestellung und Ergebnisse der Publikation

In der vorliegenden Publikation habe ich unter Verwendung des Akteur-Struktur-Modells und unter Zuhilfenahme einer graphbasierten Datenbank dargelegt, dass innerhalb der Strukturen auf verschiedenen Handlungsebenen unterschiedliche Handlungsprozesse stattgefunden haben, die letztlich vor allem auf der Akteurs-ebene (Mikroebene) zu divergierenden Sicht- und Handlungsweisen geführt haben. Die Untersuchung ließ ein sehr vielschichtiges Bild der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR entstehen. Dieses zeigte unter anderem, dass der Denkmalbestand in der DDR mehr als nur Traditionsinseln umfasste, die als Museumsstücke und repräsentative Beispiele einer vergangenen Zeit wirken sollten, wie es Campbell noch 2005 resümiert hat.² Die Unterteilung des Untersuchungszeitraumes in zwei Phasen, die das Jahr 1961 als Einschnitt markieren,

1 Gottfried Kiesow: Denkmalpflege im vereinigten Deutschland. Eine kritische Bilanz, in: Christian Marquart (Red.): Denkmalpflege im vereinigten Deutschland, Ludwigsburg/Stuttgart 1997, S. 32–43, hier S. 32.

2 So schrieb Campbell in der Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse: „But both [Ulbricht und Honecker, Anm. d. Verf.] intended to remake the East German landscape into a distinctive, socialist one to replace the decadent, capitalist architecture of the past. Monuments, as they existed, were to be isolated, 'tradition islands' left over as museum pieces and representational examples of a history which had now been left behind.“ Brian William Campbell: Resurrected From the Ruins, Turning to the Past, S. 557.

bestätigten sich als folgerichtig. Während der erste Zeitraum von 1952 bis 1960 von stetigem Wandel und von der Suche nach Strukturen geprägt war, war der zweite Zeitraum deutlich stabiler. Die Denkmalschutzverordnung von 1961 und die Einsetzung von Ludwig Deiters als Generalkonservator im selben Jahr markierten eine strukturelle Wende der bis dato häufig widersprüchlichen Entwicklungen im Bereich der institutionellen Denkmalpflege. Ebenso konnte bewiesen werden, dass die zweite Untersuchungsphase bereits früh von den Entwicklungen geprägt wurde, die 1975 zur Verabschiedung des Denkmalpflegegesetzes geführt haben, sodass auch diese zeitliche Markierung in ihrer Relevanz belegt wurde. Anhand der zu Beginn dieser Publikation aufgestellten fünf Thesen sollen die ermittelten Ergebnisse im Folgenden zusammengefasst und die Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse beantwortet werden.

These 1: Denkmalpflegerische Themen und Fragestellungen waren in der DDR von einem überaus großen Facettenreichtum geprägt.

Die Heterogenität und der ausgesprochene Facettenreichtum denkmalpflegerischer Themen und Fragestellungen in der DDR konnten insbesondere anhand der Analyse der Konservatorenbesprechungen bestätigt werden. Die Protokolle, die von 1954 bis 1973 reichten, gaben Auskunft über die Diskussionen zu Entwicklungen und Strukturen, zu politischen wie auch inhaltlichen Leitlinien und zu Ausrichtungsmöglichkeiten der institutionellen Denkmalpflege sowie über die Handlungsmöglichkeiten, die sich im Rahmen von Jubiläen ergaben, ebenso über die Zusammenarbeit und die Aushandlungsprozesse zwischen der institutionellen Denkmalpflege und Organisationen wie dem Kulturbund, dem BdA oder auch der UNESCO und ICOMOS. Darüber hinaus zeigt die vorliegende Arbeit erstmals die zahlreichen denkmalpflegerischen Maßnahmen auf, die mithilfe der Vertrauensleute für Denkmalpflege in den drei Nordbezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin durchgeführt werden konnten.

Bei der Vermittlung denkmalpflegerischer Inhalte und Arbeitsweisen an die ehrenamtlichen Denkmalpfleger wurde wiederholt der erweiterte Denkmalpflegebegriff thematisiert. Dieser bezog „Einrichtungen, Maschinen, Anlagen und Bauten, soweit sie geschichtliche und ethnografische Bedeutung haben, der technischen und landwirtschaftlichen Tätigkeit und dem Verkehr allgemein dienen oder gedient haben und für die Arbeitsweise in einzelnen Landschaftsgebieten kennzeichnend [sind]“³, mit ein. Auch wenn sich diese Erweiterung des Denkmalverständnisses im Ergebnis der Inventarisierung nur marginal niederschlug,

3 Verordnung zur Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale (Denkmalschutz). Vom 26. Juni 1952, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 84 vom 2. Juli 1952, S. 514–515.

beeinflusste sie dennoch die Diskussionen zur Art der Erfassung der Denkmale. So war es beispielsweise Deiters, der die Erweiterung des Denkmalebegriffs problematisierte, während Strauss und Mütter diese wiederholt postulierten. Jedoch war Deiters nicht per se gegen die Erweiterung. Problematisch war vielmehr die fehlende Diskussion über den Denkmalebegriff im Allgemeinen, der den Umgang mit den Denkmalen in der DDR erschwerte.⁴

Zugleich gab es Versuche, die Denkmalpflege in den (Wieder-)Aufbau und die „Ideologie des Neubeginns“⁵ zu integrieren. Dabei handelte es sich allerdings nicht nur um Aushandlungsprozesse zwischen Denkmalpflegern, die für eine gesetzliche Festschreibung von Denkmalpflege und Denkmalschutz plädierten und eine stärkere Einbindung der Gesellschaft in denkmalpflegerische Prozesse forderten. Vielmehr umfasste der Diskussionsvorgang um eine erneuerte oder erweiterte Denkmalpflege einen Aushandlungsprozess zwischen Denkmalpflege, Kulturpolitik und Bauwesen, in dem ebenso Fragen zur Integration des Denkmalbestandes in Neuplanungen von Stadtzentren beantwortet werden sollten. Insbesondere während des ersten Untersuchungszeitraumes wurden in diesem Zusammenhang wiederholt Fragen nach dem bauhistorischen Erbe aufgeworfen, die – zumindest theoretisch – im Sinne des dialektischen Materialismus in die Planungsvorgänge einbezogen werden sollten. Sie bestimmten auch die Diskussionen um die Integration von Altbausubstanz in die sozialistische Umgestaltung innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes.

Einen weiteren Aushandlungsprozess stellten die Klassifizierung und Kategorisierung des Denkmalbestandes dar. Angesichts der massiven Zerstörungen und enormen Schäden infolge des Zweiten Weltkriegs erschien es nahezu unmöglich, den Denkmalbestand der DDR zu erfassen, zu pflegen und zu bewahren. Frühzeitig wurden daher Vorschläge zur Erfassung ausgearbeitet, die auch den weiteren Umgang mit dem jeweiligen Denkmal regeln und eine gewisse Art von Planbarkeit suggerieren sollten. Im Zuge der Etablierung der institutionellen Denkmalpflege wurde der 1956 von Strauss formulierte Kategorisierungsvorschlag nach Objektzuständen für die institutionelle Denkmalpflege stark diskutiert, ohne jedoch eine Umsetzung zu finden.⁶

Mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 wurden die Denkmalerfassung und eine Kategorisierung des Bestandes nach Zuständigkeitsbereichen auf verschiedenen Ebenen festgelegt. Diese Festschreibung mündete in die Aufstellung von Denkmallisten, die den Denkmalbestand der DDR nach Wert bzw. Bedeutung

4 Brandt stellte hierzu fest, dass die Auseinandersetzungen um den Denkmalebegriff im Vorstadium steckenblieben, da kaum über den Wert oder die Bedeutung der Denkmale gestritten wurde. Vgl. Sigrid Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 275.

5 Ebd., S. 274.

6 Vgl. Franziska Klemstein: *Der „Klassifizierungsstreit“ von 1956*, S. 113–126.

unterschieden und zu einer „Klassengesellschaft“ der Denkmale führten.⁷ Gleichwohl hatte die Eintragung in eine der betreffenden Listen keine Auswirkung auf den tatsächlichen Denkmalstatus des jeweiligen Objektes, da man sich mit der Denkmalschutzverordnung von 1961, im Gegensatz zur Denkmalschutzverordnung von 1952, für ein deklaratorisches System entschieden hatte. Obwohl die Listen eine Diskussion über die Bedeutung des Denkmalbestandes notwendig machten, wurden die Debatten viel häufiger über den Zustand und die Nutzungsmöglichkeiten der Denkmale geführt.

Die Frage nach den Nutzungsmöglichkeiten eines Denkmals hatte enorme wirtschaftliche Bedeutung für den Erfolg denkmalpflegerischer Argumentationen, sicherte die Möglichkeit von Sanierungen, Instandsetzungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen und blieb über den gesamten Untersuchungszeitraum und über das Bestehen der DDR hinweg ein entscheidungsprägendes Thema, wenn die Möglichkeit des Erhalts eines Denkmals diskutiert wurde. Die Nutzungsfrage wirkte sich auch auf die praktische Baudenkmalpflege aus, die je nach Bauaufgabe und Nutzungskonzept insbesondere für die Entscheidung über den Umgang mit der Innenarchitektur von Bedeutung war. Für Burg Schlitz und Schloss Mirow war der Erhalt des jeweiligen Denkmals durch die Nutzung als Landesaltersheim möglich, wobei dies jedoch für die Innenarchitektur mit relativ starken Veränderungen einherging. Wie dargelegt werden konnte, war es bei Schloss Mirow im Gegensatz zur Burg Schlitz bereits frühzeitig möglich, eine denkmalgerechte Planung zu fordern und umzusetzen und dadurch auch eine planmäßige museale Nutzung einiger (weniger) historischer Räume zu ermöglichen. Die Stralsunder Bürgerhäuser in der Knieper- und der Fährstraße wurden im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre zu modernen Wohnungen „hinter gotischen Fassaden“ umgebaut und ließen einen gänzlich anderen Umgang mit historischer Substanz und der Scheidung zwischen Innen- und Außenraum erkennen.

7 Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 275. Brandt resümierte: „Zu Beginn der fünfziger Jahre bestand noch die Übereinkunft, nun auch kleinere, typische, bisher wenig beachtete Bauten in den Rang eines Denkmals zu erheben und so die bereits seit langem denkmaltheoretisch diskutierte Ausweitung des Denkmalbegriffs umzusetzen. Die Klassifizierung der Denkmale, insbesondere die Veröffentlichung der ‚Zentralen Denkmalliste‘ von 1961 [sic!] bedeuteten jedoch einen Rückfall in eine Denkmalpflege der großen Einzeldenkmale.“ – Die Zentrale Denkmalliste wurde erst 1979 verabschiedet und zeigt damit einmal mehr den langwierigen Aushandlungsprozess auf, der zwischen der institutionellen Denkmalpflege und dem Ministerium für Kultur über mehrere Jahre hinweg geführt wurde. Die Denkmalschutzverordnung von 1961 hat damit einen Prozess angestoßen, der die Klassifizierung des Denkmalbestandes in der DDR nach Bedeutungsebenen notwendig werden ließ. Eine erste Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert wurde vom Ministerium für Kultur am 2. Januar 1962 bestätigt. Diese Liste umfasste jedoch lediglich 31 Positionen.

Erst die ICOMOS-Tagung „Zu Fragen der neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale“ von 1974 definierte den Grundsatz, dass auch die Innenräume möglichst erhalten werden sollten und neue Nutzungen des Denkmals zu keinen Verlusten der historischen Substanz führen dürften.⁸

These 2: Die persönlichen Netzwerke waren häufig politisch und ideologisch geprägt und trugen in hohem Maße zur Durchsetzung denkmalpflegerischer Belange bei.

In der vorliegenden Publikation konnte aufgezeigt werden, dass die persönlichen Netzwerke zwischen den Denkmalpflegern von einem inhaltlichen und fachwissenschaftlichen Austausch und Miteinander geprägt waren, wie sie sich innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes auch im internationalen Staatengefüge, durch die ICOMOS-Mitgliedschaft der DDR, nachweisen ließen. Politisch-ideologische Fragen waren vor allem im ersten Untersuchungszeitraum entscheidend. Sie prägten das Streben nach einer geeigneten Struktur der institutionellen Denkmalpflege, die Suche nach einem möglichen Direktor sowie die Besetzung des Generalkonservatorpostens.

Dementsprechend waren Bedeutung und Funktion dieser Positionen stark von politischen und strategischen Entscheidungen geprägt. Die tägliche Arbeit der Denkmalpfleger im IfD war jedoch weitaus weniger politisch aufgeladen.⁹ Allerdings standen auch die Konservatoren als Leiter der Institute unter politischem Druck, was vorrangig an Auseinandersetzungen mit den örtlichen staatlichen Organen sichtbar wurde. Letztlich war hier meist Deiters als Vermittler zwischen den Fronten tätig. Ihm oblag es, entsprechende Entscheidungen zwischen fachwissenschaftlichen Abwägungen und politisch-ideologischen Leitlinien zu treffen. Dass es auch auf zentralstaatlicher Ebene keine eindeutige handlungsleitende Maxime gegeben hat, ist unter anderem anhand der divergierenden Sichtweisen von Klaus Gysi und Horst Brasch (auf ministerieller Ebene) sowie zwischen Peter Doehler und Ludwig Deiters (auf institutioneller Ebene) offenkundig

8 Vgl. Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik. Symposium des ICOMOS-Nationalkomitees der DDR zu Fragen der neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale 1974, Jena 1974, S. 85.

9 Katja Wüllner schrieb hierzu, dass sich auf lokaler Ebene Durchsetzungsprobleme denkmalpflegerischer Leitlinien zeigten, da sich das Handeln nach ideologischen Maximen als nicht umsetzungsfähig erwies. Vgl. Katja Wüllner: Hinter der Fassade, S. 282. Allerdings waren es nicht die denkmalpflegerischen Leitlinien, die ideologische Maximen beinhalteten. Es waren vielmehr die denkmalpflegerischen Vorstellungen und Inhalte, die im Kontrast standen zu den Entwicklungen des Bauwesens in der DDR sowie zu den Forderungen der SED auf Parteitage und innerhalb von Politbürobeschlüssen.

geworden. Politische Beschlüsse und ideologische Leitlinien waren schließlich immer eine Frage der Argumentation und der Auslegung, gleichwohl führten sie zu Unsicherheiten, die am Ende nur durch persönliche Kontakte und Verbindungen, über die beispielsweise Deiters verfügte, minimiert werden konnten.

Die institutionelle Denkmalpflege in der DDR wurde vielmehr geprägt durch die Forderungen des Bauwesens und durch Fragen nach Wirtschaftlichkeit, Industrialisierung und Typisierung, die sich auch auf die praktische Baudenkmalpflege niederschlugen. Von Bedeutung war demnach für die Denkmalpfleger, um ihre Interessen durchsetzen zu können, ihre politisch-ideologische Argumentation, was sich innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes im Hinblick auf den Entstehungsprozess der staatlichen Strukturen und der institutionellen Denkmalpflege offenbarte und anhand von Müthers Haushaltsaufgabe exemplarisch analysiert werden konnte. Im zweiten Untersuchungszeitraum äußerte sich dies in Auseinandersetzungen mit dem Bauwesen bzw. im Rahmen der sozialistischen Umgestaltungsbestrebungen, wie anhand von Rothsteins Argumentation bezüglich Doeblers „Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“ herausgearbeitet werden konnte. Die Analyse der verschiedenen Aushandlungsprozesse zeigte, dass die politisch-ideologische Argumentation für die Durchsetzung oder zumindest für die Berücksichtigung denkmalpflegerischer Ziele und Interessen gegenüber dem Parteiapparat entscheidend war.

These 3: Die Schwierigkeiten im Umgang mit dem bauhistorischen Erbe im Bereich der Denkmalpflege – insbesondere aufgrund der Theorie des dialektischen Materialismus – verstärkten die Suche nach internationalem Austausch und nach Vergleichswerten.

Der Begriff dialektischer Materialismus (bzw. historischer Materialismus) taucht wiederholt in damaligen Debatten, Aufsätzen und Reden auf. Häufig handelte es sich dabei um den Versuch einer ideologischen Durchdringung von Entscheidungsprozessen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Der theoretische Überbau blieb für die denkmalpflegerische Praxis jedoch relativ folgenlos. Dennoch konnte aufgezeigt werden, dass über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg Denkmalpfleger wie Müther, Deiters und Rothstein ihre denkmalpflegerischen Sichtweisen und kritischen Analysen unter Bezugnahme auf den dialektischen Materialismus argumentierten. Dies geschah immer dann, wenn sich die Denkmalpflege in der DDR von der Denkmalpflege im nichtsozialistischen Ausland abzugrenzen versuchte und sich zugleich in die sozialistischen Umgestaltungsplanungen integrieren lassen wollte. Dabei lag die Schwierigkeit in der Auswahl der „richtigen“ Tradition, die sich im Sinne der Negation der Negation im Neuen wiederfinden sollte, ohne zu einer schöpferischen Denkmalpflege zu werden. Diese Gratwanderung, die sich vor allem auf theoretischer Ebene abspielte, konnte nur über den Vergleich mit dem Ausland gelingen. Für die institutionelle

Denkmalpflege in der DDR waren daher die Entwicklungen in der polnischen Denkmalpflege eine wichtige Bezugsgröße, obgleich in Polen die politischen und ideologischen Voraussetzungen – trotz des Status einer sozialistischen Volkodemokratie – gänzlich andere waren. Der den Denkmalbestand gefährdende Umgestaltungsanspruch des Bauwesens und der DDR-Regierung ließen den internationalen Austausch mit dem nichtsozialistischen Ausland zwingend notwendig werden, einerseits, um den Anschluss zu internationalen Entwicklungen im Bereich von Denkmalpflege und Denkmalschutz nicht zu verlieren, und andererseits, um die Vernetzung der institutionellen Denkmalpflege der DDR im internationalen Staatengefüge als innenpolitisches Argument nutzen zu können.

These 4: Denkmalpflege war eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der DDR.

Nachdem im ersten Untersuchungszeitraum die Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen Denkmalpflege diskutiert und hinterfragt wurde, konnte anhand der ausgewerteten Quellen nachgewiesen werden, dass sich die Denkmalpflege nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe etablieren konnte, weder damals, in den sich noch stark verändernden Strukturen, noch innerhalb des zweiten Zeitraumes, als die Strukturen des Staates nur noch geringen Veränderungen unterlagen. Die Bestrebungen, Denkmalpflege und Denkmalschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu etablieren, gaben die Denkmalpfleger der institutionellen Denkmalpflege jedoch nie auf. Jede/r sollte intrinsisch motiviert daran teilhaben, um das gemeinsame Erbe und die gemeinsamen Traditionen im Sinne einer sozialistischen Gesellschaft zu pflegen und weiterzuentwickeln. Diese Überzeugung war innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes besonders ausgeprägt, war sie doch zugleich verknüpft mit den Hoffnungen und Wünschen an den neuen Staat mit seiner neuen Gesellschaftsform, bei der die Staatsgewalt bei den Arbeitern und Bauern liegen sollte. Diese Hoffnung erwies sich schnell als Illusion und dennoch blieb die Frage nach der Einbindung der Gesellschaft in denkmalpflegerische Themen von großer Relevanz.

Die Einbindung von Laien war für die institutionelle Denkmalpflege in der DDR unerlässlich, da nur durch die Unterstützung Ehrenamtlicher die Erfassung des Denkmalbestandes in der DDR durchgeführt und Maßnahmen an Denkmälen begleitet werden konnten. Zudem war es notwendig, in der Gesellschaft einen möglichst breiten Konsens für den Erhalt von Denkmälern zu fördern, um gesellschaftlichen Druck gegen Abrissvorhaben und gegen die Verwahrlosung von Denkmälern erzeugen zu können.¹⁰ Dabei ging es auch darum, einer Überalterung

10 Gesellschaftlicher Druck wurde schon frühzeitig durch die Berichterstattungen in der Tagespresse erzeugt, wie beispielsweise im Fall von Potsdam Sanssouci (1952, Berichterstattung im Neuen Deutschland vom 09.01.1952, S. 1, 12.02.1952, S. 4, 28.02.1952, S. 6) sowie im Fall von

in der institutionellen Denkmalpflege und vor allem einer Überalterung in Massenorganisationen wie dem Kulturbund entgegenzuwirken, sodass die Einbindung der Jugend in denkmalpflegerische Themenfelder intensiviert wurde.¹¹

Doch auch für den Staat war die Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise in denkmalpflegerische Projekte und Themenfelder von Interesse, da man die Denkmalpflege „zu den wichtigen kulturellen Aufgaben der Regierung“ (Denkmalschutzverordnung, 1952) zählte und man Denkmale sowie „[i]hre Erhaltung, Pflege, ordnungsgemäße Verwaltung, zweckdienliche Verwendung und Erschließung für die Bevölkerung im Zusammenhang mit den Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft“ sah (Denkmalschutzverordnung, 1961). Denkmalpflege und Denkmalschutz sollten in der DDR Bestandteile der Kulturpolitik und der kulturpolitischen Ideologie sein und sollten insbesondere der Erziehung und Herausbildung sozialistischer Menschen und einer sozialistischen Gesellschaft dienen, was unter anderem anhand von Horst Brasch aufgezeigt werden konnte. Auch die Denkmalpfleger strebten in ihrem Handeln nach gesamtgesellschaftlicher Anerkennung und versuchten wiederholt, größere Bevölkerungskreise für denkmalpflegerische Themen zu sensibilisieren. Letztlich blieb der Stellenwert von Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der DDR jedoch gering.

These 5: Die Verbindung zum Heimatschutz führte zu einer ideologischen Instrumentalisierung der Denkmalpflege.

Die Verbindung zwischen Heimatschutz und Denkmalpflege hatte eine lange Tradition, die in den Anfängen der Heimatschutzbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurzelte. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs blieb die Beziehung bestehen und wurde mit den Natur- und Heimatfreunden innerhalb des Kulturbundes in neuer Form fortgeführt. Für die in der institutionellen Denkmalpflege Beschäftigten stand die Unterstützung denkmalpflegerischer Maßnahmen durch Mitglieder der Natur- und Heimatfreunde bzw. des Kulturbundes außer Frage.

In den frühen 1950er Jahren hatten die Natur- und Heimatfreunde die Möglichkeit erkannt, sowohl ihre Bedeutung innerhalb des politischen Geschehens als auch die politisch-ideologische Tragweite ihrer Themen aufzuzeigen. Sie veröf-

Schloss Dargun vorrangig darüber, Universitäten in Entwurfsprozesse einzubinden, um Nutzungsmöglichkeiten zu finden.

11 Hier zu nennen wären beispielsweise: IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Ludwig Deiters: Eröffnungsworte des Vorsitzenden auf der Tagung des Rats für Denkmalpflege am 28. und 29.11.1978 in Weimar, Thema: Jugend und Denkmalpflege. Sowie: Hans-Joachim Hoffmann: Beitrag der Jugend zur Pflege und Erschließung historischer Stadtzentren, in: Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik (1978), Nr. 5, S. 1–4.

fentlichten Beiträge, in denen sie ihre Sicht auf Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie auf die Rolle von Staat und Bevölkerung bei der Bewahrung und Pflege von Denkmalen darlegten und in denen sie sich regelmäßig kritisch zu gegenwärtigen Entwicklungen und Geschehnissen im Bereich der institutionellen Denkmalpflege äußerten.

Innerhalb des ersten Untersuchungszeitraumes waren die Publikationen der Natur- und Heimatfreunde besonders von Heimat- und Traditionsthemen geprägt, die den Prozess des (Wieder-)Aufbaus begleiteten und die zum Teil ideologisch stark aufgeladen waren.¹² Doch obwohl sich verschiedene Akteure wie Hans Nadler, Gerhard Strauss, Hans Muther, Hermann Weidhaas und andere durchaus für eine starke Verbindung von Denkmalpflege und Heimatschutz aussprachen, kann für die institutionelle Denkmalpflege in der DDR keine durchdringende ideologische Instrumentalisierung konstatiert werden.¹³ Durch die Auswertung der Quellen und die analytische Betrachtung des 20. Jubiläums der DDR konnte beispielsweise bewiesen werden, dass, trotz kontinuierlicher Verbindungen zwischen der institutionellen Denkmalpflege und den ehrenamtlichen Denkmalpflegern und Heimatschützern, eine ideologische Instrumentalisierung der fachwissenschaftlichen Arbeit ausblieb. Es konnte vielmehr aufgezeigt werden, dass die Natur- und Heimatfreunde als Partner in Heimatmuseen, bei der Denkmalerfassung und als ehrenamtliche Vertrauensleute die institutionelle Denkmalpflege unterstützten und dabei (wie im Fall von Carl Swoboda) eng mit heimatgeschichtlichen Forschungen verbunden blieben. Die Natur- und Heimatfreunde waren für die in der institutionellen Denkmalpflege Beschäftigten vorrangig Unterstützer und Partner, die vor Ort aktiv für denkmalpflegerische Interessen einstanden. An inhaltlichen Debatten oder Grundsatzfragen zur weiteren Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR waren sie jedoch kaum beteiligt, so dass eine ideologische Durchdringung ausblieb.

Während des zweiten Untersuchungszeitraumes verringerten sich die Verbindungen zum Heimatschutz, wobei dies vor allem auf die internen Veränderungsbestrebungen im Kulturbund zurückzuführen ist. Als kritische Instanz blieb der Kulturbund über den Untersuchungszeitraum hinweg ebenso von Bedeutung wie als Massenorganisation, die denkmalpflegerische Inhalte nach außen kommunizierte. Durch die Bildung des Zentralen Fachausschusses Bau- und Denkmalpflege und der späteren Gesellschaft für Denkmalpflege (1977) entstanden innerhalb

12 Vgl. Franziska Klemstein: Zwischen Ideologie und Sehnsucht. Das Berliner Rose-Theater in der Wiederaufbaudiskussion, in: Tino Mager/Bianka Trötschel-Daniels (Hrsg.): Rationelle Visionen. Raumproduktion in der DDR, Weimar 2019, S. 55–64.

13 Sigrid Brandt hatte in ihrer Dissertation herausgearbeitet, dass Nadler, Muther und Weidhaas die grundsätzliche Vorstellung einer Synthese von Denkmalpflege und Heimatschutz teilten. Vgl. Sigrid Brandt: Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR, S. 275.

des Kulturbundes neue Interessensgruppen, die mehr im Bereich der Denkmalpflege denn im Heimatschutz agierten.

Methodische Überlegungen I: Vorteile und Grenzen des Akteur-Struktur-Modells

Die Anwendung des Akteur-Struktur-Modells ist der Versuch, Handlungen und Strukturen zusammenzuführen und dabei das Geflecht von Wechselwirkungen aus „menschlichen Handlungen und ihre[n] unerwarteten Ergebnissen“¹⁴ abzubilden. Hierfür wurde innerhalb der vorliegenden Publikation zwischen verschiedenen Handlungsebenen (Makro-, Meso- und Mikroebene) unterschieden. Die Strukturen bildeten den Handlungsrahmen oder Spielraum für die agierenden Personen (Mikroebene), Organisationen (Mesoebene) oder auch Regierungen (Makroebene), wobei grundsätzlich deren Handlungen bestehende Strukturen sowohl stabilisieren als auch destabilisieren können.

Die im Modell theoretisch aufgezeigte Trennung von Handlungsebenen ließ sich innerhalb dieser Publikation nicht immer konsequent umsetzen, da das Geflecht der Wechselwirkungen zum Teil so eng und verschlungen war, dass insbesondere die Meso- und die Mikroebene zusammenhängend analysiert und bewertet werden mussten. In der Anwendung des Modells wurde sich auch dafür ausgesprochen, den Staat als passive politische Struktur (Makroebene) und demgegenüber die Ministerien und staatlichen Institutionen wiederum auf der Mesoebene als Handelnde innerhalb der staatlichen Strukturen zu begreifen und zu beschreiben.

Der Zugewinn für die vorliegende Arbeit durch die Anwendung dieses technik-historischen Modells soll im Folgenden bezüglich des Zusammenhangs zwischen Handlungen und Strukturen anhand von drei Strukturkomplexen exemplarisch dargestellt und zusammengefasst werden:

a) Der Strukturkomplex „Macht und Herrschaft“: Die Denkmalpfleger der DDR waren in staatliche bzw. institutionelle Macht- und Herrschaftsstrukturen eingebunden (Mikroebene). Sie profitierten von der Bedeutung, die ihnen der Staat beimaß, waren dafür aber politischen Entscheidungen mittel- und unmittelbar ausgeliefert. Handlungsoptionen bestanden für die Denkmalpfleger darin, die institutionelle Denkmalpflege zu verlassen, republikflüchtig zu werden oder außerhalb der institutionellen Strukturen neue Handlungsmöglichkeiten zu finden. In ähnlicher Weise konnte die institutionelle Denkmalpflege im ministeriel-

14 Wolfgang König: Strukturen und Akteure – Ein Vorschlag zur Konzeptualisierung technisch-historischer Entwicklung, S. 508.